



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

374 (23.8.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192950](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192950)

Verwendung dieses Militärs zurückzuführen sind, das die angemaßene Menge zwischen sich eingeteilt habe, so daß aus dem unbedeutenden Zwischenfall mit französischen Jägern die ganze unübersehbare Entwicklung überhaupt entstehen konnte. Ferner steht einwandfrei fest, daß nicht zuerst von Seiten der Demonstranten, sondern von der Gegenseite Schusswaffen gebraucht worden sind. Wenn dabei eine in die Menge geworfene Handgranate den naheliegenden Verdacht erweckt, daß sie von dem gerade an seinem Fenster erschienenen polnischen Art. v. Kiedski geworfen worden sei, so kann das nicht Wunder nehmen, und jedenfalls ist die erregte Volkmenge dafür nicht verantwortlich zu machen. Die Folge war, daß die Kundgebungen sich nun ausgesprochen gegen die Gebäude der internationalen Kommission richteten, und daß nach Verläuten der deutschen Sicherheitspolizei, die Menge eine willkürlich aus zehn Personen zusammengesetzte Deputation zu dem französischen Oberst Blanchard hinausschickte, um ihm die bekannte Forderung auf Entlassung der französischen Truppen zu unterbreiten. Der Oberst hat darauf seinerseits die Gewerkschaften angerufen und ihre Vertreter zu sich erbeten, weil er mit den Demonstranten nicht fertig zu werden vermochte. So erklärt sich der ursprüngliche Irrtum, daß die Gewerkschaftsführer, die Forderung auf Entlassung des französischen Militärs gestellt hätten. Sie haben vielmehr nach ihrem Eintreffen die Forderung grundsätzlich fallen gelassen und statt dessen nach einem Ausweg gesucht, um die erregte Masse vom Platze zu bringen. Es gelang ihnen auch die Zurückziehung der französischen Kommission zu erreichen, jedoch wurde der Vorschlag, daß die auch etwa 400 Mann starke französische Besatzung des Ententegebäudes sich zurückziehen sollte, indem sie ihre Waffen unter einer zurückgelassenen sicheren Wache deponierte, nicht angenommen. So scheiterten die Verhandlungen, die überhaupt, wie gelang, von den Gewerkschaftsvertretern nicht verlangt worden waren.

Nachdem der Demonstrationsstreik des Dienstags zu Ende war und die Arbeit wieder aufgenommen wurde, verließ der zweite Tag der Bewegung, der Mittwoch, zunächst ruhig. Am Nachmittag kam es vor dem polnischen Mobilisierhaus in Kattowitz zu einer Versammlung, weil bekannt geworden war, daß sich ein Sekretär Korfantus erheben hätte, es sei von dem polnischen Hauptquartier in Reuthen ein Stützpunkt nach Kattowitz gerichtet worden, um das Wasserwerk im dortigen Vorkampquartier zu verheizen. Auch bei dieser Zusammenkunft

und auf die ersten Schritte aus einem polnischen Hause, eine die durch die bisherigen Verluste, vor allem der Sicherheitswehr, erregte Menge zum Sturm war. Nun fehlten die französischen Gegenmaßnahmen ein. Der Belagerungszustand wurde verändert, und während der folgenden Nacht bis in den Donnerstags hinein durchgehenden französische Panzerautos die Stadt und Feuerzettel mäßig langsam in die Straßen hinein, wobei wiederum verheerende schwere Verwundungen zu verzeichnen waren. Am Donnerstagsabend versammelten sich der inzwischen von der Kommission in Oppeln entsandte General Gracier und eine größere Anzahl deutscher Persönlichkeiten, darunter wieder die Gewerkschaftsführer, bei welcher Gelegenheit der General den Deutschen in einer, durch die tatsächliche Anwesenheit östlich unerschütterlichen Tonart erklärte, daß die Kommission gegen die fortgesetzten Störungen der Ordnung durch die Deutschen Rücksichtslos eintreten werde. Diese Zusammenkunft bedeutete ausserhalb der Bemühungen aller deutschen Seiten, eine möglichst schnelle Beendigung herbeizuführen, eine neue Provokation. Am anderen Morgen fand dann Dierschleffen vor der Tatsache, daß die polnischen Infanteristen, die nach Augusteuren von den Polen jenseits der Grenze unterstellt worden sind, mit einer

Östlich schlesische bewaffnete Organisation
des ganze Grenzgebiet des Kreises Kattowitz von Roslawitz über Beuzsdorf bis Eichenau besetzt hatten, wobei die schwachen Kommandos der deutschen Sicherheitspolizei zum Teil unter Kämpfen und Verlusten östlich außer Stande gesetzt waren, das Gebiet zu besetzen. Die deutschen Sicherheitsmannschaften sind zum Teil über die Grenze nach Polen geschickt worden. Auch Teile der deutschen Bevölkerung unterlagen dem gleichen Schicksal. Andere sind entlassen. Soweit die deutsche Bevölkerung sich noch in diesem Gebiete aufhält, unterliegt sie dem

Stärksten polnischen Terror.
Die polnischen Insurgenten begannen alsbald den konzentrischen Vormarsch auf Kattowitz, wobei sie unter anderem die Straßensperren mit Maschinengewehren besetzten und überhaupt in jeder Weise eine völlig durchgehende militärische Organisation zeigten, eine Organisation, die soeben gerade erst von der „Schlesischen Volksgewehr“ durch die Veröffentlichung neuerbestimmter Geheimbefehle bekannt, aufgedeckt war. Die französische Besatzungstruppe, die nach dem polnischen Vormarsch von der deutschen Sicherheitspolizei zur Hilfe gerufen worden war, hat auf den Anruf nicht reagiert. Die italienischen Truppen, die in einer Stärke von drei Kompanien tags zuvor, mit Jubel begrüßt, als angebliche Wölfe der Franzosen in Kattowitz eingedrückt war, sind überhaupt nicht in die Erscheinung getreten. Erst im Laufe des Freitags hat das französische Kommando Anstalten gemacht, um die von den Polen besetzten Industriegebiete wieder in die Hand zu bekommen. Es hat jedoch diese Bemühung offenbar eingestellt und sich mit der Tatsache abgefunden, daß eine irreguläre polnische „Vürgerwehr“ dort einwirken auf ihre Weise für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgt. Darin erhebt sich selbstverständlich die deutsche Bevölkerung, zumal die deutsche Arbeiterschaft, eine einseitige Parteipolitik zugunsten der Polen. In Kattowitz forderten Tausende von Arbeitern kürzlich, daß man ihnen Waffen gebe. Diefem Verlangen ist deutscherseits nirgends geachtet worden und zwar schon deshalb nicht, weil im Gegensatz zu den polnischen Organisations eine deutsche Waffenorganisation in Oberschlesien es nicht gibt. Die Bewegung unter der deutschen Arbeiterschaft und der gesamten deutschen Bevölkerung befindet sich daher im Wachen und ist nicht unerheblich vergrößert worden durch die

Östliche Ausbreitung des deutschen Widerstandskomitees
durch die internationalen Kommission, die dort sämtliche Akten des Lageraktes und den ganzen Betrieb des östlichen deutschen Abkommensbüros aufgehoben hat. Zurzeit ist die deutsche Bevölkerung Oberschlesien mehr und weniger dem organisierten polnischen Insurgententum, das unter dem Schutze der internationalen Kommission steht, ausgeliefert. Heute kommt die Nachricht, daß die Bewegung auch schon auf den südlichen Wiesen Kreis, der vorwiegend landwirtschaftlich bebaut ist, übergriffen, wo ebenfalls die östlichen an Polen grenzenden Bezirke sich in den Händen polnischer Insurgenten befinden und wo das deutsche Dorf Anhalt gewaltsam von den Polen besetzt worden ist, wobei sich der Einwohner eine furchtbare Ranz bemächtigt hat. Das Dorf ist in Flammen aufgegangen. Das ganze deutsche Oberschlesien ist unter diesen Umständen von der gerechtfertigten Forderung erfüllt, daß es unter der einseitigen Politik der Franzosen seinen Willen zur freien Wahrung des Friedens und der Neutralität im russisch-polnischen Kriege mit einer Auslieferung an den organisierten polnischen Terror und mit einer Verlegung durch polnische Truppen bezählen muß. Das Gefühl, vertreten zu sein, vermag nicht gerade auch der Arbeiterbevölkerung um so stärker, als für die deutsche Bevölkerung bei allen Möglichkeiten nicht anderes leitend gemeint ist als der lokale Wille, den Friedenstypus von Versailles und seine Bestimmungen über Oberbefehligen zu erfüllen. Gerade die letzten Tage haben dafür den schlagenden Beweis erbracht, denn es besteht auf deutscher Seite nicht, was der nunmehr öffentlich in die Erscheinung getretenen polnischen Kampforientation gegenübergestellt werden konnte. Wenn nicht unverzüglich in dem Verhalten der Orientationskommission ein grundlegender Wandel eintritt, ist eine Relativität in ganz Oberschlesien unvermeidlich. Es steht bereits fest, daß auch die übrigen Teile Oberschlesien sich mit dem bedrohten Industriegebiet vollständig erklären werden. Unter keinen Umständen wird das deutsche Oberschlesien eine Verletzung durch die Polen, wie sie jetzt unter der Verantwortung der internationalen Kommission beginnt, ertragen. Es gibt nur ein Mittel, die im zur Verwirklichung getriebene Bewegung der deutschen Bevölkerung und damit der deutschen Arbeiterschaft zu beschwichtigen: die unverzügliche Befreiung eines möglichst baldigen Abkommens

der im Rahmen des Friedensverzuges das Schicksal Oberschlesiens nach seinem eigenen Willen entscheidet.

Der Köthener Putz und sein Ende.

Wie gemeldet, war wie in mehreren Städten der Rheinlande, so auch in Köthen ein kommunistischer Putz ausgebrochen. Aber auch er hat ein schnelles Ende gefunden. Der Staatsrat für Anhalt hat am Samstag mittag den Ausnahmezustand über Stadt und Kreis Köthen erklärt. Als die kommunistischen Putzisten hörten, daß ihre Annahme, auch in Halle, Leipzig und Magdeburg sei die Räteherrschaft erklärt worden, falls sei, erklärte der Urheber des Putzes, Oberlehrer Dr. Berg, ein früherer Oberstmann der Reserve, den Volksrat als aufgelöst. Damit hat die Räteherrschaft in Köthen ihr Ende gefunden.

Ueber den Putz werden folgende Einzelheiten berichtet: Es scheint sich um die Reaktion einer großen Bewegung zu handeln, die in Köthen sich vollzogen hat und den Kommunisten in Köthen allen Ansehen nach von einer Generalkonferenz gesteuert worden ist. Köthen über hierarchisch-organisierbaren Herrschaft erklären die kommunistischen Köthener immer und immer wieder, daß in ganz Deutschland die kommunistische Revolution ausgedehnt sei und daß man jetzt endlich den langwierigen Kampf, den die Köthener gegen die kommunistischen Putzisten, die die Köthener und Telegraphenleitungen von Kommunisten besetzt waren, vermeiden und so kann es, daß die Geschichte von einer neuen großen Revolution in Deutschland nur zu baldig geschehen werden. Der Führer der kommunistischen Bewegung, Oberlehrer Dr. Berg, der bei der Abwickelung des 16. Kongresses in Köthen dabei beschäftigt war, und früher als Oberlehrer am Gymnasium in Saalehagen tätig gewesen sein soll, erklärte am Abend vor dem Putz in einer von den Kommunisten abgehaltenen Versammlung, in der auch die Inhabergehen und Wehrschulung geladen und anwesend waren, und stellte sich dort an die Spitze der kommunistischen Bewegung. Die Unabhängigen erklärten daraufhin, daß sie unter der Führung Dr. Bergs den Putz nicht unterstützen würden, und die Wehrschulung erklärte sich überhaupt gegen eine derartige Aktion. Es bildete sich nach der Versammlung eine Gruppe von etwa 100 Kommunisten aus Köthen, die hatten Angst vor den unabhängigen Vereinen ergriff. Aus einem Depot, welches die R. A. E. in Köthen im März, nach der Entlassung der Wehrschulung drüben angekauft hatte, wurden die Wehrschulung besetzt und darauf nach dem Rathaus verbracht, das sie ebenfalls wie den Bahnhof und das Postamt besetzten. Oberlehrer Berg übernahm die Geschäfte im Rathaus, als dann am Sonntag mittag aus Halle und Dessau Sicherheitspolizei und Reichswehr heranzogen, haben die Kommunisten das Postamt besetzt. Dieses Abkommen wurde beschloßen, und die Kommunisten gaben auf dem Rathaus mehrere Wehrschulung und etwa 80 Infanteriegewehre mit Munition ab. Die zu Hilfe eintreffenden Truppen blieben bis auf weiteres vor der Stadt und wurden im Laufe des Sonntags zurückgezogen.

Es ist festzustellen, daß es sich bei den Köthener Putzisten nicht um einheimische Arbeiter, sondern um Leute handelt, die von auswärts hergekommen sind. Als sehr eigenartig und besonders auffällig bedürftig wird mitgeteilt, daß die Arbeiter durchweg mit neuen Gewehren bewaffnet waren. Ueber den Ursprung dieser Waffen ist noch nichts bekannt. Die „Voss. Ztg.“ behauptet übrigens, es hätten in Köthen neben dunklen K. A. D. Elementen auch Rechts- und Bolschewisten ihre Hand im Spiele gehabt. Auch die „Berliner Redaktion“ streute aus, daß von rechts etwas im Gange sei.

Die Zeit ist wieder voll von Putzgerüchten und geheimnisvollen Plänen. Rauben man vor vier Wochen, als der unaufrichtige Vorkurs der Sowjettruppen über Köthen, hat mit der Wehrschulung neuer inoffizieller Experimente versucht, wird augenblicklich wieder in pariserer Weise mit Versuchsanordnungen von 22 bis 23 gerichtet, die von der Wehrschulung anwesenden Truppen ihren Ausgang nehmen, die auf Grund der verschiedenen Ereignisse mehr oder weniger Deutschland-erlebt. Die letzten Wochen haben nun auch erbracht, daß tatsächlich eine große Organisation nationalsozialistischer Kreise besteht, denen man eine „Rechte Aktion“ aussetzen kann.

Wie sich im weiteren zeigt, ist der Zweck dieser Ausbreitungen, den verhassten Sicherungs-Organisationen etwas an Zeug zu liefern, die doch keinen anderen Zweck verfolgen als den Selbstschutz aller ordnungsliebenden Elemente. Ohne die geringste Spur eines Beweises wird behauptet, in den Sicherungs-Organisationen seien tatsächlich über ganz Deutschland verbreitete, gut organisierte und zentralisierte Kampftruppen vorhanden, die die Leute, die ihre Kräfte in der Hand haben, gewiß in einer schwachen Stunde (die sie für eine starke halten werden) zu tollkühnen Wagnissen veranlassen könnten. Es sind das höchst perfide Ausbreitungen. Es ist einfach nicht wahr, daß von rechts her der inneren Ordnung irgendwelche Gefahren drohen. Dagegen ist eben so sicher, daß der Gedanke der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats noch nicht ausgegeben worden ist und daß über ganz Deutschland hin Elemente an seiner Verwirklichung arbeiten. Es bleibt allerdings die Frage offen, ob sie im gegebenen Augenblick größere Massen werden mit sich fortziehen können. Wir wollen hoffen, daß das nicht mehr gelingen wird. Aber irgendwelche Gewißheit besteht nicht. Die Niederlage der Sowjetmacht mag wohl für den Augenblick ein wenig dämpfend und abfälschend gewirkt haben. Wir haben aber keine Sicherheit, daß die Wehrschulung anhält.

München, 23. Aug. (Priv.-Tel.) Vor einigen Tagen hatte sich Staatssekretär Dr. Schweyer als Stellvertreter des Leiters des Ministeriums des Innern nach Berlin begeben, um mit der Reichsregierung die mit der Orgesch (Organisation Sicherlich) zusammenhängenden Fragen zu besprechen. Man hat nach den schon früher ergangenen Ausdrückungen der bayerischen Regierung allen Grund anzunehmen, daß die bayerische Regierung als rechtmäßige und gesetzlich zulässige Organisation zum Schutze von Haus und Hof und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung anerkennt, jedoch Staatssekretär Dr. Schweyer diese Stellungnahme der bayerischen Regierung mit allem Nachdruck in Berlin vertreten haben dürfte. Sobald der Staatssekretär des Innern von Berlin nach München zurückgekehrt ist, wird der Ministerrot zusammenzutreten, um zu dem Ergebnis der Berliner Besprechung Stellung zu nehmen.

Die Diktatur der Eisenbahner.

Berlin, 23. Aug. (Von un. Berliner Büro.) In der Angelegenheit der Aufhebung des Ausschleppens von Personen für die Sicherheitspolizei in Königsberg durch Eisenbahner am Stettiner Bahnhof in Berlin ist eine Einigung bisher immer noch nicht erzielt worden. Es kann aber von Verfestigung der Lage gesprochen werden. Auf der Konferenz der verschiedenen Eisenbahner- und Transportarbeiterverbände mit den politischen Parteien im Reichstag am Samstag waren auch Transportarbeiter aus Böhden erschienen, wo bekanntlich ein 1200-Tonnen-Dampfer mit Munition nach Königsberg angehalten worden ist. Bardehand wollte die Eisenbahner und Transportarbeiter diese beiden Transporte unter gar keinen Umständen besitzern und so ist es fraglich, wann die Sicherheitspolizei in Königsberg in den Besitz der von ihr benötigten Ausrüstung gelangen wird. Da die Kommunisten auf Antrag der Gewerkschaften und Sozialdemokraten von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen worden sind, weil sie sich an die Bedingungen nicht halten wollten, so wurde in einer besonderen Konferenz der Kommunisten beschloßen, selbständig vorzugehen und weil über den Namen der von der Konferenz im Reichstag aufgestellten Kommission hinausgehend, grundsätzlich jeden Transport, der irgendwelche verbotlich erachtet, anzuhalten und zu untersuchen.

Die Kommunisten fordern, daß Vertreter der Arbeit in die Wehrschulung und die militärischen Depots gehen werden, um die Betriebe genau kontrollieren zu können. So dürften sich die am heutigen Montag beginnenden Verhandlungen mit der Regierung außerordentlich schwierig gestalten. Zwischen den Eisenbahnerverbänden und einzelnen Dienststellen ist es bereits zu Konflikten ge-

kommen, da die Eisenbahnverwaltung auf dem Standpunkt steht, das Anhalten von Zügen oder einzelnen Sendungen habe nicht über das hinaus, was den Betriebsrädern durch das Gesetz gestattet ist. Der Eisenbahnverwaltung ist bereits durch die Verhinderung des Transportes ein materieller Schaden von rund 100.000 Mark entstanden.

Neue Erhebung der Kemalisten.

Kairo, 22. Aug. (WB.) Die Ereignisse in Syrien scheinen eine große Aufregung unter den Kemalisten in Cilizien hervorgerufen zu haben. Eine neue Kolonne traf beim Ausmarsch aus Adana im Norden eine starke türkische Abteilung und wartet sie in die Nacht. Gefangene wurden gemacht, Geschütze und Maschinengewehre erbeutet. Die Verluste der Kemalisten sind bedeutend. In Beirut werden große Fest vorbereitet zur Proklamation eines unabhängigen Groß-Libanons, die am Montag stattfinden soll. Die Bevölkerung kommt von allen Seiten, von den Bergen, von der Küste und von der Ebene und gibt ihrer Beglückung Ausdruck.

Paris, 22. Aug. (WB.) Nach einer Privatmeldung des Temps aus Smyrna beginnen die Kemalisten wieder mit militärischen Vorbereitungen. Sie haben die Wehrfähigen selbst in der italienischen Zone aus und entlassen die Banden, die in regelmäßige Kontingente aufgenommen wurden.

Kairo, 22. Aug. (WB.) Aus Haifa meldet Havas: Es wird berichtet, daß ein Zug, der am Freitag vormittag Damastus verließ und in dem sich der Ministerpräsident Drabi Pascha und mehrere andere Minister befanden, die sich nach Deraa begeben wollten, unterwegs von einer bewaffneten Bande angegriffen worden sei. Drubi und Jusuf Pascha sollen ermordet worden sein. Die Reisenden wurden ausgeplündert und die Post gestohlen. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt. 2 Senegalesen sollen umgekommen sein. Der Zug setzte später seine Reise fort und kam um Mitternacht in Haifa an.

Die Bewegung in Jelaub.

Berlin, 23. August. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Rotterdam wird gemeldet: 70 bewaffnete Sinnsetzer haben die drahtlose Station Scowhead vernichtet. Ein Telegramm aus Dublin besagt: die letzte Erscheinung der irischen Gewalttaten sei das Niederbrennen der Molleereien, die in englischer Besitz sind. In den letzten Tagen wurden über 70 Molleereien, die dem landwirtschaftlichen Verein gehören, und außerdem eine Anzahl von privaten Molleereien durch Brandstiftung zerstört.

Die Redar-Kanalisierung.

Mannheim, 22. August.
Die hiesige Ortsgruppe des Südwestdeutschen Kanalvereins hat folgende Entschloßung gefaßt:

Die Inangriffnahme der Bauarbeiten für die Redarkanalisation auf der Straße Heidelberg-Mannheim fordert, namentlich die Entscheidung über die der Ausführung zu Grunde zu liegende Linie. Vier Linien streifen sich um den Borenonach den staatlichen Entwürfen wird der Schiffahrtsweg durch zwei Seitenkanäle geschaffen. Der obere Kanal zweigt unterhalb Heidelberg auf der rechten Redarseite ab und führt beim Schmalenheimer Hof in den Redar. Unterhalb Badenburg beginnt der zweite Seitenkanal, der nördlich an Vörsheim und südlich an Neudenheim vorbeizieht oberhalb des Krankenhauses Mannheim in den Redar mündet (Badenburger Linie). Ein zweiter Entwurf legt den oberen Seitenkanal auf die linke Redarseite mit Umwindung oberhalb Edingen (Edinger Linie). Mit diesen Linien streifen die Rheinmündung und Seitenkanäle in Wehrmündung. Die Rheinmündung führt von Heidelberg in gerader Linie in einem Kanal nach dem Rhein oberhalb der Thopfeischen Hofenanlage; bei der Seitenkanal Linie wird der Schiffsweg wieder durch zwei Seitenkanäle erhalten; der obere Kanal zieht von Heidelberg auf der linken Redarseite in gerader Erstreckung bis oberhalb Seckenheim, der untere Kanal legt sich auf die rechte Redarseite bis Neudenheim und erreicht sein Ende beim Kranenhaus Mannheim.

Nach Lage der Verhältnisse muß eine Kanalisation auf dem nördlichen, rechten Redarufer für den oberen Seitenkanal auf das ungenügende abgelehnt werden, da ein solcher Kanal kein industriell genügend vermerkbare Gelände aufweist und keine Anfahrtsmöglichkeit an die Reichsbahn besitzt. Von den Kanalisationen auf dem südlichen Redarufer ist die großzügige Rheinmündung Linie vom Landtag abgelehnt worden. Die Edinger Linie kann nur als Notlösung in Betracht gezogen werden und muß außer Betracht bleiben. Somit bleibt für die Ausführung die Seckenheimer Linie. Für die Durchführung dieser Linie liegt der Umstand, daß entlang dem Kanal zwischen Heidelberg und Seckenheim zu beiden Kanalisen, industrielle Besiedelung mit Feldbebauung ohne jede Schwierigkeit durchführbar ist; auch bei der Kanalisation bei Neudenheim ist diese Möglichkeit, wenn auch nicht so billig und einfach, gegeben. Badenburg ist durch den aufgehauenen Redar an die Schiffstrecke angegeschlossen. Die Landchaft und der Fluß erhalten im allgemeinen erträgliche Eingriffe. Bei dem Ausbaue des Schiffsweges nach der Seckenheimer Linie, werden also die Interessen der beteiligten Städte Heidelberg und Mannheim, wie auch der Redarwerke möglichst weitgehend gewahrt.

Bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit ist die sofortige Inangriffnahme des Redarkanals zwischen Heidelberg und Mannheim das dringendste Gebot der Stunde, denn es können bei diesen Arbeiten eine größere Anzahl von Arbeitlosen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zugeführt werden, es können rund 12.000 PS-baldig unserer nach Energie hungernben Industrie zur Verfügung gestellt, sowie laufende Lokalen Kohlen gespart werden.

Letzte Meldungen.

München, 23. Aug. (Priv.-Tel.) Wie die Blätter melden, ist General Ludendorff nun nach München-Pring-Badnigshöhe übersiedelt. Er hat eine Villa in der Heilmannstraße bezogen.

Budapest, 22. Aug. (WB.) Der österreichische Botschafter überreichte gestern dem ungarischen Ministerium des Äußeren eine Verholnote wegen der Grenzverletzungen bei Brencenkirchen. Der Vertreter des Ministers des Äußeren legte strengste Untersuchung zu und stellte eine baldige Antwort in Aussicht.

Wien, 22. Aug. (WB.) Wie eine hiesige Korrespondenz meldet, ist Steefaa Jerusalem, die vor einem Vierteljahr durch Millionenbetrügereien, die sich auf mehr als zehn Millionen belaufen, sehr viel von sich reden machte und in Oesterreich die Rolle einer Madame Humbert spielen wollte in Dabenburg verhaftet worden.

Paris, 23. Aug. (WB.) Havas teilt mit, daß die französische Regierung ihr Aggrement zur Ernennung des Ministers Dr. Walter zum deutschen Botschafter in Paris erklärt habe.

Aus Stadt und Land. Preisabbau, Einzelhandel und Fabrikantenverbände.

Der Arbeitgeberverband des Einzelhandels in Mannheim schreibt uns:

Von allen deutschen Städten wurde zuerst in Mannheim mit dem Preisabbau begonnen, er ist bis auf den heutigen Tag ununterbrochen fortgesetzt worden. Es besteht nicht die geringste Absicht, denselben einzuschränken oder zu beendigen. Die Preise sind durchweg ganz erheblich herabgesetzt und bewegen sich in vielen Fällen weit unter den eigenen Selbstkosten. Viele Lieferanten erheben deshalb auch den Vorwurf, daß die Mannheimer Geschäfte die Waren verschleudern, und die Bedarfsgüter zu bedeutend niedrigeren Preisen verkaufen, als dies in allen anderen deutschen Städten der Fall ist.

Der Einzelhandel trägt jedoch die mit diesen Preisermäßigungen verbundenen großen Opfer in dem Vertrauen, daß auch die Lieferanten sich endlich zum Preisabbau entschließen, und es so den Einzelhandelsgeschäften ermöglichen, neue Waren zu entsprechend ermäßigten Preisen wieder einzukaufen. Dagegen viele Fabrikanten dies als dringend notwendig anerkennen, konnte ein durchgreifender Preisabbau beim Erzeuger nicht stattfinden, da viele Fabrikantenkonventionen durch Androhung hoher Konventionstrafen ihre Mitglieder zur Innehaltung der überhöhten Verkaufspreise zwingen. Sollten sich diese Verhältnisse nicht ändern, so muß auch der Preisabbau beim Einzelhandel zum Stillstand kommen, da man diesem nicht zumuten kann, seine Waren zu Verlustpreisen abzugeben, um dann gleichzeitige Waren zu den bedeutend höheren Verkaufspreisen neu einzukaufen. Es liegt daher auch im Interesse der Verbraucher, daß die Macht der Konventionen halbmöglichst gebrochen wird.

Die Einzelhandelsgeschäfte weigern sich zu den hohen Verkaufspreisen weiterhin Ware abzunehmen. Viele große Firmen haben deshalb auch beschlossen, die diesjährige Leipziger Herbstmesse nicht zu besuchen. Es werden ferner auch Mittel dagegen gefunden, daß jede Schwankung des Marktes von den Fabrikantenverbänden dazu benutzt werden kann, neue ungerechtfertigte Preisauflagen festzusetzen. Die Fabrikantenverbände suchen den Einzelhandel mit der Drohung zu machen, daß sie ihre Erzeugnisse unter Ausschaltung des Einzelhandels direkt den Verbrauchern anbieten. Es ist Sache der Verbraucher, diese durchsichtigen Bestrebungen der Fabrikanten durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem Einzelhandel zu durchkreuzen. Die Verbraucher können kein Interesse daran haben, den hochmütigen Einzelhandel auszuheulen zu lassen, da nur der Einzelhandelsaufmann die erforderlichen Warenkenntnis und Erfahrungen besitzt, die für eine sorgfältige und zweckdienliche Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgütern die Voraussetzung bilden.

Die gleichen Klagen über die Unnachgiebigkeit der Fabrikanten in bezug auf Herabsetzung der Preise werden auch vom Verband deutscher Schuhwarenhändler sowie der Arbeitsgemeinschaft deutscher Schuhwarenhändler erhoben, worüber uns wie folgt geschrieben wird:

Der Verband deutscher Schuhwarenhändler erklärt folgenden Protest gegen die Schuhpreiserhöhung: An alle an der Schuhherstellung und deren Vertrieb beteiligten Gewerbetreibende. Alle Angelegenheiten deuten darauf hin, daß die Preise für die zur Erzeugung notwendigen Rohstoffe und Vorfabrikate eine stetig steigende Richtung einzuschlagen beginnen, wodurch die Schuhwarenpreise anstatt der erwarteten Senkung eine weitere Steigerung erfahren müssen. Als berufene Vertretung des organisierten Schuhhandels erklären wir hiermit öffentlich, daß die Kaufkraft der breiten Schichten der Verbraucher für einwache weiter anstehende Schuhpreise nicht ausreicht. Die allgemeine Erhöhung der Kaufkraft des Publikums hat mit Recht allenfalls in den Bestrebungen besteht, die Preise noch tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen die Schuhwaren demnach höhere Preise in die Erscheinung treten sollten, so würde der Kleinhandeler hierdurch den schwersten Schlägen und Gefahren ausgesetzt werden, weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten und unmittelbar in die Erscheinung tritt. Wie die Vorgänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung verantwortlich gemacht. Diese irrtümliche Auffassung hat sich demnach in letzter Zeit sogar in Veränderungen der Aden und gewaltsamen Preisabbau geäußert. Als die Vertretung des von weiteren Preissteigerungen in erster Reihe gefährdeten Standes müssen wir daher unsere wärmende Stimme erheben und hiermit öffentlich erklären, daß der Schuhhandel selbst entschlossen ist, weiteren Preissteigerungen für Schuhwaren den größten Widerstand entgegenzusetzen. Er fordert hiermit aber auch alle an der Herstellung und dem Vertrieb der Schuhwaren beteiligten Kreise auf, gleich ihm die Ablehnung höherer Preise und den von ihm damit beabsichtigten Druck auf eine Preisfestsetzung aus auf ihre Verantwortlichkeiten zu übertragen. Nur durch ein solches einheitliches Verhalten und Vorgehen aller Mitglieder der Schuhherstellung und des Schuhvertriebes bis zum Rohstoff hinab wird erreicht werden, daß der tatsächlich vorhandene und wiederkehrende Bedarf nicht zu spekulativen Aktionen und unbegründeten Preissteigerungen mißbraucht wird. (M.B.)

Waldgesang.

Sei nur allein, so bleibst du nicht allein,
So stellst dich bald die liebe Gottheit ein!
Aus Waldesdämmerung tritt sie groß hervor
Und raunt dir leise Melodie ins Ohr.
Und wie du tief und tiefer in dich lauchst,
Vernimmst du, was die grüne Erde raucht:
Wie jeder Felsenhang und Busch und Wald
Von Gottes süßer Stimme widerhallt!
Und alles spricht dir ihm und löst von ihm,
Die Lammern, wie ein Chor von Cherubim,
Die Blumen, wie ein buntes Engelstanz,
Schieben ihm und preisen seinen Klang:
Da reißt's auch dich in Klang und Widerklang
Und jauchzend strömst du über im Gesang!

Erika Spann-Rheinf.

Die St. Katharinenkirche in Nürnberg als Deutsches Sängermuseum.

Seit von allen Nürnbergern Lebenswürdigkeiten fristet bis jetzt die alte Katharinenkirche, ein ehrwürdiges Bauwerk, ihr Fortleben in bescheidener Stille. Nicht leben und nicht sterben können, das war eigentlich seit langen Jahrzehnten das Zeichen, unter dem die Stille stand, der Richard Wagner durch seine „Meisterfänger“ ewiges Leben geschenkt hat. Tiefe Beschämung drängt sich uns heute auf, wenn man sagen muß, daß die Kapelle jetzt dem so ziemlich jeder Kunst ent Fremden Zweck eines Lagerzimmers dient. Es war darum ein glücklicher Gedanke, der den Deutschen Sängerbund befehlte, als er den Beschluß faßte, die Kapelle anzukaufen und sie zu einem Sängermuseum auszugestalten. Ein kleiner Rückblick auf die Geschichte der mit einem Male wieder in helleres Licht getretenen alten Kapelle dürfte daher nicht ohne Interesse sein.

Als Stifterin der Kirche gilt Katharina Lang, die vor nahezu 700 Jahren mit einigen frommen Frauen außerhalb der Stadtmauer in kleinen Häusern Kranke pflegte und sich durch ihre menschenfreundliche Tätigkeit im allgemeinen besonders auszeichnete. Die Krankenpflegerinnen schlossen sich einem Predigerorden an, dem sie den Namen St. Katharina gaben. Der Vorgänger der Katharina Lang folgte leidend, beschloß deren Vater, der Nürnberger Bürger Kraft Lang, auf den Platz, dem heutigen „Wespennest“, zu Ehren der heiligen Katharina eine Kirche zu erbauen. Im Jahre 1295 wurde damit noch mit Hilfe reicher Stiftungen des Nürnberger Bürgers Konrad von Neumarkt ein Rosenkloster,

Neue Genossenschaftshäuser in Feudenheim.

Die Gartenheim-Baugenossenschaft der Angestellten und Beamten Mannheim-Ludwigshafen e. G. m. b. H. hatte kürzlich ihre Mitglieder und Freunde ihrer Bestrebungen zu einer Besichtigung ihrer an der Oberbacher-Strasse in Feudenheim fertiggestellten 11 Einfamilienhäuser eingeladen. Stadtbauinspektor Schlags begrüßte die zahlreich erschienenen und erläuterte am Hand ausgestellter Pläne die bei der Grundrissgestaltung und dem Aufbau maßgebenden Richtlinien. Bei den Einfamilienhäusern handelt es sich um Wohnungen mit vier Zimmern und Kammer; die Ausführung erfolgte in einfacher, aber gefälliger Form. Durch die fröhe Gewährung der Baukostenzuschüsse ist sowohl die Zeit der Fertigstellung verkürzt worden, vor allem aber auch die Uebersteuerung gemindert. Ueber 1 Million Mark erfordern die Häuser an Baukostenzuschüssen. Die Ausführung lag in den Händen von Architekt E. Deitro; die Bauarbeiten führte Baumeister W. Franz, Feudenheim aus. Die Genossenschaft beabsichtigt, in Feudenheim noch über 50 Wohnungen zu errichten, deren Grundriss ebenfalls erläutert wurde. Die Besichtigung der Häuser und der Gärten brachte der Genossenschaft nur Worte der Anerkennung. Gelobt wurden insbesondere die klaren Grundrisse, die gute, wenn auch beschriebene Ausstattung, die schönen Gärten und das ansprechende Äußere der Bauten.

Vom gestrigen Sonntag.

Der gestrige Sonntag hat vielfach enttäuscht. Schon in der Frühe war es recht unfreundlich mit ausgesprochen herblicher Temperatur. Bald setzte dann ein Regen ein, der ziemlich lange anhielt. Wie uns von bahnamtlicher Seite mitgeteilt wurde, war der gestrige Ausflugsverkehr nur mittelmäßig. Dagegen wurde der Besuch der Kirche in Redarum durch das Regenwetter in keiner Weise beeinträchtigt. Vor dem Kirchengang die Mannheimer mit Vorliebe auf diese Kirche. Nach dem gestrigen Besuch zu urteilen, hat sie ihre alte Anziehungskraft wiederum bewahrt, denn die Mannheimer waren in entsetzlicher Härter Zahl vertreten als letztes Jahr. Da sich gegen Abend die Regenwolken in klarem Fluß nach Osten verzogen und der Himmel sich etwas aufhellte, so war auch das Konzert im Friedrichspark recht stark besucht. Infolge des großen Andrangs wurde das Konzert im Freien abgehalten. Frau Hermann-Webau, die beliebte einheimische Sängerin, sang mit ihrer Kanonelle, prächtigen Stimme mehrere bekannte Operenszenen und erntete damit anerkennenden Beifall. Die übrigen Veranstaltungskomitee, vor allem der Fiskus, hatten gleichfalls Massenandrang.

Vom Hauptmarkt.

Der heutige Montagshauptmarkt zeichnete sich durch großen Gemüts- und Obstreichum aus. Da auch in den anderen Marktorten kein Mangel herrschte, so entwickelte sich sehr rasch ein sehr lebhaftes Marktgeschäft. In Gemüse waren inländisches Weiß- und Rotkraut in schöner Qualität bis 100 resp. 80 Pfg. angeboten. Holländisches Rotkraut war mengenweise gesucht, dergleichen Gelbe Rüben, die haufenweise aufgeschichtet lagen. Spinat ist mit 60 Pfg. ausgezeichnet. Die heutigen neuen Preise zeigen keinen wesentlichen Unterschied gegenüber der Vorwoche. Biffellinge, die bisher um 90 Pfg. gekostet wurden, sind im Preise um 10 Pfg. gestiegen. Tomaten, deren freundliches Rot bald aus allen Gemütsständen herausleuchtet, fanden um 60-80 Pfg. schnelle Abnahme. Auch Firische wurden von den Marktbesuchern gerne gekauft. Der Preis bewegte sich zwischen 1.50-1.70 M. Obst war sowohl von der Vergierische wie der Pfalz in großer u. schöner Auswahl vorhanden. Der Preis stellte sich pro Pfund für Haselnuß auf 80 Pfg., für Haselnuß und Birnen auf je 40 Pfg., für Haselnuß auf 80 Pfg., für gute Birnen, wie Granbirnen und Gehärlchen, auf 1 M. und für sonstige Obstbirnen auf 80 Pfg. Beilohst kostete 1.50 M. und Weintrauben 3 M. pro Pfund. Zwetschen kosteten noch wie vor 80 Pfg. pro Pfund. Dem Hotteln Großverkauf an die Händler folgte ein recht lebhaftes Geschäft seitens der Marktbesucher.

Die erhöhten Teuerungszulagen nicht steuerpflichtig. In den Kreisen der Beamten und Bediensteten herrscht Unzufriedenheit über die Befreiung der erhöhten Teuerungszulagen für 1919. Die Oberberufungskommission für Steuerfragen hat nun auf die Beschwerde einer Regierungsfinanzkammer hin diese Angelegenheit endgültig entschieden und zwar dahingehend, daß die erhöhten Teuerungszulagen für das Jahr 1919 nicht steuerpflichtig sind. Die Entscheidung gilt sowohl für die Befreiung der Ausleihzinsen vom Steuer, als auch der im Laufe des Vorjahres mit Zuladung auf den 1. Januar 1919 erhöhten Teuerungszulagen der Preisangestiegenen. Die nach dieser Entscheidung der Oberberufungskommission zu unrecht erhobenen Steuern und Umlagen werden von den Rentämtern wieder zu erstehen sein.

Wider und Jollen. Man schreibt uns: Ein Drängen und Treiben geht durch unsere Jugend, eine heimliche Anteilnahme an allem, was deutsch ist. Überall strebt sie nach Zusammenschluß. So haben sich im Schwargwald die Adler und Jollen zum Ring erhoben, die Adler als die Jüngeren, die Jollen als die Älteren. Deutsche Jugendwandler wollen sie sein, die im Wald der Heimat und Volkstum erobert, im Anflug auf die Natur sich Leib und Seele gesund erhalten wollen, die neben kleineren Sommerfahrten in der engeren Heimat in großen Ferienfahrten alles deutsche Land durchwandern, vor allem aber auch die deutschen Brüder jenseits der Reichsgrenzen auf-

suchen wollen. Sie wollen sich bewußt zum Dienst am Deutschtum vorbereiten. In Baden und Bayern haben die Adler und Jollen zuerst zahlreiche Horste gebaut, dann aber ihren Flug schnell über ganz Deutschland ausgebreitet und bis nach Schwaben und Ostpreußen sich geföhrt. Zahlreiche örtliche Einzelgruppen schlossen sich ihnen an, wodurch das schnelle Wachstum möglich wurde. In ihre Spitze trat der Dichter Wilhelm Kogge, der in der ganzen Deutsch- und Jugenderbewegung bekannt ist. Auskunft erteilen Alfons Scherzinger in Kirchgarten (Breisgau).

Die Einrichtung von Frauenarbeitskursen hat der Bad. Frauenverein seinen Zweigvereinen nahegelegt. In diesen folgen Winterkursen soll Unterricht im Weben, Kleidermachen, Weißsticken, Plätten und Stöpfen gegeben werden. Die Kurse sollen nicht nur jungen Mädchen, sondern auch Frauen, die Kenntnisse in den weiblichen Handarbeiten vermitteln.

Mannheimer Strafkammer.

§ Ferienstrafkammer I. Vorf.: Landgerichtsrat Dr. Lueger.

30 000 M. Jahresverdienst hat, wie in der Verhandlung gegen den 49 Jahre alten Hafenarbeiter Damian Waller festgestellt wurde, dieser Angeklagte und trotzdem hat er noch. In der Rheinland hat er 120 Pfund Weizen mitgehen. Er wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Zu rechter Stunde lehrte am 27. Juni ds. Js. der Schiffbesitzer Vetter vom Schiff „Gutenfels“, das damals im Rheinhafen lag, aus der Stadt heim. Drei junge Burden hatten wahrgenommen, daß das Schiff vorübergehend ohne Aufsicht war, hatten sich hinaufgeschlichen und aus der Kabine Kleider, Schuhe und Wäsche der beiden Söhne des Schiffbesizers im Werte von 16 000 Mark zusammengepackt und waren gerade im Begriffe, sich mit ihrer Beute zu verduften, als die Veters nahen. Die Diebe bezogen fürchterliche Prügel und wurden dann der Polizei übergeben. Der Arbeiter Eugen Keffler und der Matrose Eugen Kuhn hatten den Schiffsjungen Franz Lang, der auf einem Rheinabenteurer in der Nachbarschaft diene, zu dem Streich überredet. Keffler selbst heute, die beiden anderen wurden zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht hatte nur Versuch angenommen.

Auf Eisenbahndiebstähle hatten sich die sechs Arbeiter verlegt, die auf der Anlagendamm sich versammelten. Sie hatten im hiesigen Rangierbahnhof sowie auf den Bahnhöfen in Jagelheim und Schifferstadt in der Pfalz Eisenbahnwagen gewaltsam geöffnet und daraus Risten mit Seife, Kinderstühlen, Kleidern, Konjett und anderen Dinge gestohlen, um den Inhalt zu Geld zu machen. Die im allgemeinen geständigen Angeklagten wurden verurteilt: Josef Kieger zu 1 1/2 Jahren Gefängnis, Otto Bauer und Josef Kiebler zu je 8 Monaten, Ludwig Bauer zu 4 Monaten und Peter Hrynzer zu 2 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Verteidiger: Rechtsanwalt Weinberger und Dr. Pfeiffenberger.

Stimmen aus dem Publikum.

Die Not der Lazarettinsassen.

Die Folgen des Krieges zwingen heute noch 70 000 deutsche Männer zum Lazarettenthalten zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit. Während der ganzen Dauer des Krieges mußten wir uns nicht nur mit schlechter und ungenügender Versorgung abfinden, man hielt es auch nicht für nötig, uns mit der Zeit entsprechenden Gebührlissen abzufinden. Durch unsere Organisation wurden der Reichsregierung unsere Forderungen auf Verbesserung unserer Lage wiederholt unterbreitet. Sämtliche Parteien versprachen, alles daran zu setzen, um die wirtschaftliche Lage der Lazarettinsassen zu bessern. Von der Reichsregierung war eine 23gliedrige Kommission beauftragt, die am 28. Juni 1920 herausgegebene Verfügung über soziale Fürsorge, Heilbehandlung und Gebührlissen zu regeln. Er war den Vertretern unserer Organisation versprochen, sie vor der Herausgabe der Bestimmung zu hören. Aber dieses Versprechen hat man nicht gehalten. Wenn wir nun hoffen, endlich nach langem Warten in bessere Verhältnisse zu kommen, so haben wir uns darin furchtbar getäuscht. Nicht genug damit, daß die Gebührlisse nur ganz geringe sind und der heutigen wirtschaftlichen Zeit in keiner Weise entsprechen, man entzieht uns auch sämtliche bis dahin gehabte Vergünstigungen. Man sucht durch eine verschärfte Hausordnung uns den Lazarettenthalten unentgeltlich zu machen und droht uns bei kleinen Verstößen gegen dieselbe sofort zu entlassen. Man gibt uns ein Taschengeld von 5.40 Mark. Hiervon müssen wir alles, was zum täglichen Leben notwendig ist, bestreiten. Man gibt uns Entlassungsgeld aus Kriegsstoff und zahlt uns für die Abnutzung täglich 1 Mark. Die Uebergangsunterstützung ist nur ein Notmittel, um die Kameraden aus dem Lazarett herauszubekommen. Man verkürzt uns die Besuchs- und Ausgehzeit. Unserer Organisation versprach man, vor Herausgabe des Reichsversorgungsgesetzes zu hören. Man hielt das Versprechen nicht, sondern verabschiedet das Gesetz, ohne sie vorher zu hören. Besseres betrachten wir als eine Klage gegen unsere Organisation und erheben damit ganz energisch Protest gegen eine derartige Handlungsweise der Regierung. Wir verbitten uns, diejenigen zu sein, bei denen das Reich zu sparen anfängt und verwahren uns ganz entschieden dagegen. Wir bitten nach wie vor an den von unserer Organisation gestellten Forderungen fest; wir demonstrieren, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie man uns behandelt. Die maßgebenden Verbände, die Gewerkschaften und das Bürgertum bitten wir um moralische und tatkräftige Unterstützung unserer gemäß berechtigten Forderung.

Kleines Feuilleton.

Sport gegen Fettigkeit.

Ein wirftiges Mittel zur Verminderung des Fettansatzes bei Fettigkeit besteht darin, die Nahrungsaufnahme zu beschränken und vor allem solche Nahrungsmittel zu meiden, die die Fettbildung begünstigen. Dies geht aber nur bis zu einem gewissen Grade, weil der Körper unter einer zu strengen Diät leidet und der Schaden dann oft größer ist als der Nutzen. Zu schnelle und strenge Nuren sind nicht angebracht. Um sich überflüssigen Fettes zu entledigen, bleibt eine methodische Uebung der körperlichen Bewegung vorzuziehen.

Bei körperlicher Arbeit wird zunächst nur das Fett verbraucht; erst wenn die Arbeit ein gewisses Maß überschreitet, also Ueberanstrengung eintritt, findet auch ein Zerfall der für die Muskeln so notwendigen Eiweißsubstanz statt. Holzarbeiter, Landarbeiter, überhaupt körperlich energisch Arbeitende, werden nicht von Fettigkeit geplagt. Männer und stehenden Bediensteten und Frauen von phlegmatischem Charakter stellen ein bedeutendes Kontingent zu den Fettleibern. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß der Fettvorrat des Körpers am besten durch Muskelbewegungen vermindert wird. Hierzu gehören Gehen, Laufen, Springen, Treppen- und Bergsteigen, sowie die mannigfachen Arten von Sport und Gymnastik. Lufttemperatur und Kleidung spielen eine Rolle; in leichter Kleidung und bei kühlem Wetter ist der Stoffverbrauch des Körpers größer.

Beim Beginn einer Bewegungstour darf man sich nicht gleich zumutend. Das Herz muß vom Arzt vorher genau untersucht werden. Werden körperliche Arbeit und Bewegung maßvoll, nicht bis zu starker Ermüdung und Uebermüdung betrieben, so treten nicht nur Fettsverlust, sondern auch erhöhte Leistungsfähigkeit der Muskulatur, bessere Ernährung aller Organe und Kräftigung des Herzens ein. Durch ganz allmähliche Steigerung der Bewegung gelangt es, bei der nötigen Ausdauer ganz bedeutende körperliche Leistungen zu erzielen, von der Bewegung langsamen Spazierens an bis hin zu kleineren Steigungen auf mittlere Anhöhen und endlich zum eigentlichen Bergsteigen vorzuschreiten. Praktisch bleibt es, morgens vor dem Frühstück zwei Stunden zu laufen und dann drei Stunden nach dem Mittagessen wieder eine zweistündige Fokustour zu machen. Anwesene Abwechslung von Bewegung und Ruhe muß stattfinden, um keine Ueberanstrengung eintreten zu lassen. Die anfänglichen 3000 bis 5000 Schritte steigern man auf 25 000, ebe man zu der anstrengenden, aber wirksameren Bewegung

das Katharinenkloster, gegründet. Dessen Ausdehnung läßt sich heute nicht mehr erkennen, da im Laufe der Zeit Stück um Stück von ihm abgebaut, Ende des vergangenen Jahrhunderts auch der Klostergarten überbaut und der darin befindliche Rosenweber aufgefällt wurde. Erhalten sind heute nur noch die Kirche, die große Scheune an der Katharinenstraße und die Stallgebäude am „Wespennest“.

Die Kirche, die niemals einen Turm gehabt zu haben schien, ist ein dreischiffiger Bau mit ansehnlichem Chor und einem den wesentlichen Abschluß bildenden, aber unvollendet gebliebenen Querhaus. Außerlich macht die Kirche schon von jeder einen schmerzhaften Eindruck, umso mehr Kunstsinn beherbergt aber noch bis ins 19. Jahrhundert hinein ihr Inneres. Unter den großartigen, heute zum Teil nur überhöhten Wand- und Tafelgemälden, Wappensteinen und Stuckarbeiten war vornehmlich ein Kunstwerk von besonderer Bedeutung, nämlich der von Albrecht Dürer für die Kirche gemalter Baumgärtnerische Altar, der im Jahre 1613 an den kaiserlichen Kammerherrn I. von Bayern abgegeben werden mußte und heute ein Schmuckstück der Allen Binaothen in München bildet; an seiner Stelle steht der Nürnberger Not eine Kopie anfertigen, die noch bis 1801 in der Kirche war. Nach der Einführung der Reformation begann wie überall auch in der Katharinenkirche das künstlerische Leben allmählich auszukübeln: die letzte Nonne starb in den vier Jahren des 16. Jahrhunderts. Von 1620 an schloßen die Reiterfänger, die schon früher und besonders zu Zeiten des Hans Sachs ihre öffentlichen theatralischen Aufführungen in verschiedenen Kirchen hielten, ihren Sitz in der Katharinenkirche auf, die jetzt auch den Namen „Katharinenkapell“ trug. Mehr als 150 Jahre blühte so die Kapelle der Versammlungsort der Reiterfänger, bis der Reiterfänger an Bedeutung verlor und von 1778 an ganz aufhörte. Trotdem aber hat gerade diese Zeit die Katharinenkirche bekannt gemacht und noch heute ist sie in Richard Wagners „Meisterfänger“ berühmt.

Gelegentlich einer im Jahre 1894 abgehaltenen Hans Sachs-Ausstellung trug man sich mit dem Gedanken, die Kirche in ein feindliches Meisterfänger-Museum umzuwandeln, doch verfiel der Gedanke bald wieder. In der Folgezeit diente die Kirche als Aufbewahrungsort für eine Sammlung von Abgüssen plastischer Kunstwerke und von Reproduktionen Nürnberger Denkmäler, darunter auch Dekorationsstücke vom ersten Deutschen Sängerkongress in Nürnberg 1861. In der nun geplanten Schaffung eines Deutschen Sängermuseums in der Katharinenkirche wird namentlich auch ein großes Anrecht an Richard Wagner wieder gut gemacht, der mit seinen „Reiterfänger von Nürnberg“ ein besonderes Werk zur Ehre der Stadt geschaffen hat. Es bleibt nur heute der Wunsch, man möge mit der praktischen Verwirklichung dieses schönen Ge-

denkens recht bald beginnen. In der Meisterfängerstadt und gerade in der Heimstätte der Reiterfänger ein Deutsches Museum anzurichten, das ist ein Vorhaben, der Unterstützung würdiger Kreise würdig und ihrer Sympathie sicher.

